

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

11.3.1865 (No. 60)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 11. März.

N. 60.

Voranzahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufspreis: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Telegramme.

Wien, 9. März. (Fr. P.-Ztg.) Die österreichische Antwort ist in zwei getrennten Depeschen gleichzeitig abgegangen, und ist keine bloß vorläufige, sondern eine definitive u. vollständige.

New-York, 25. Febr. Wilmington ist von den Nordstaatlichen eingenommen. Hoke (?) zieht sich nach dem Norden zurück, General Terry (nordst) verfolgt ihn. Sherman war am 19. d. in Willsboro (30 Meilen nördlich von Columbia), Beauregard wich vor ihm zurück. Sherman's seitiger Bewegungen sind nicht bekannt. Fessenden antwortete die Bezahlung der Märzcoupons der 10/40 Bonds.

Geld 198 1/2, Wechsel 214, Bonds 111 1/2, Baumwolle 83.

Deutschland.

Frankfurt, 9. März. In der heutigen Bundestags-Sitzung erfolgte durch den Gesandten der 13. Kurie die Vorlage einer Denkschrift, worin die Herzogin Adelheid von Nassau, als Tochter einer kurbayerischen Prinzessin, Schwester des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen, auf Grund der lex regia für ihre männliche Descendenz Erbansprüche auf Laubenburg geltend zu machen sucht. — Großherzogthum Hessen erklärt sich bereit zur Annahme des Nachdrucksgesetzes; auch Mecklenburg spricht seine Geneigtheit hierzu aus, wünscht aber vorher Mittheilung der von der sächsischen Regierung empfohlenen Darlegung des Buchhändlervereins. — Der l. sächsische Zivilkommissar legt eine nachträgliche Liquidation vor. — Vorträgen des Militär-Ausschusses entsprechend werden hierauf mehrere Bundesfestungs-Angelegenheiten erledigt (Bewilligung der Dotation für Ulm; eine Gratifikation für die Gouvernementsauditeur; Annahme des Proviandregiments etc.). — Für den erkrankten Gesandten Württembergs war der Vertreter Bayerns substituirt.

Stuttgart, 9. März. Die Erste Kammer hat in ihren zwei letzten Sitzungen die Eisenbahn-Verträge mit Baden über die Anschlüsse bei Neckesheim, Ditzburken und Lauda genehmigt und dem Gesandten über die Herabsetzung des Alters der Volljährigkeit, auf 23 Jahre, zugestimmt, und ist in Betreff desselben nur noch hinsichtlich einiger Fassungsänderungen nicht in Uebereinstimmung. In Betreff der Verbesserung der der Kammer der Standesherren eingeräumten Gebäude ertheilte dieselbe dem Antrag ihrer Finanzkommission die Zustimmung, worauf auf der Area des Kameralamts ein Neubau und eine veränderte Einrichtung, beziehungsweise Verbindung des alten Gebäudes mit dem neuen beabsichtigt wurde, der baldigen Ausführung des Baues besondern entgegenzukommen, sowie bei definitiver Festsetzung des Bauplans und bei der Inangriffnahme desselben im Einvernehmen mit der Kammer der Standesherren vorgehen zu wollen.

Die Zweite Kammer ist heute in der Berathung des Etats des Departements für das Kirchen- und Schulwesen bis zur Erledigung des Bedarfs der Polytechnischen Schule vorgeschritten. Es dürfte daher am Platze sein, die bisher bewilligten Erzigungen für „Zwecke der Volksbildung“ übersichtlich zusammenzustellen. I. Für die Landesuniversität

Tübingen. Erzigung jährlich 160,050 fl., um 24,050 fl. mehr als in der vorigen Etatsperiode. Bewilligt wurden 160,250 fl., also 200 fl. mehr als erziget worden. Längere Debatte veranlaßte die land- und forstwirtschaftliche Akademie in Hohenheim, für welche als Staatszuschuß nur jährliche 13,692 fl. 18 kr., 1360 fl. mehr als in voriger Etatsperiode, erziget sind, weil ihr Haupteinkommen ein für allemal dadurch feststeht, daß ihr bei Gründung die mehrere 1000 Morgen umfassende Staatsdomäne Hohenheim zum landwirthsch. Betrieb überlassen worden ist. Auch die neue Erzigung wurde anstandslos bewilligt, obgleich allerlei Bedenken gegen den vermaligen Direktor, Dr. Walz (der indeß seine Entlassung eingereicht hat), und sein System vorgebracht wurden, die aber der Hr. Kultminister widerlegte. Auch Vorschläge zu Verbindung der landwirthsch. Anstalt mit der hiesigen Polytechnischen Schule tauchten auf, sowie der Verbindung der forstwirthsch. mit der Universität Tübingen, oder Verlegung nach Adelberg, fanden aber keine Unterstützung. Für Ackerbau-Schulen werden jährlich 6363 fl. 28 kr., für eine Weinbau-Schule in Weinsberg für 1864/65 13,000 fl. (zugleich zur Einrichtung), für 1865/67 je 3000 fl. bewilligt. Auch für die Polytechnische Schule in Stuttgart sind höhere Summen als bisher erziget, nämlich jährlich 57,500 fl., um 14,500 fl. mehr als in voriger Etatsperiode, außer 2000 fl. für 1864/65 zur erstmaligen Anlegung einer Sammlung von Vorlagen und Modellen für den Maschinenbau, und 500 fl. jährlich für Fortführung. Neu errichtet wird eine zweite Lehrstühle für das Ingenieurwesen und eine für Kunstgeschichte (es heißt Wäcker wollte wieder in die Heimath zurück). — Schott interpellirt wegen eines Gesetzes über Papiere auf den Inhaber. Nachzigungen kommen ein für die Eisenbahn, für Straßenbauten, für Anstalten (8000 fl. mehr dem Herzog Wilhelm, dem Helden von Deverser). Morgen Fortsetzung.

Koburg, 6. März. (Leipz. Ztg.) Unsere Landtags-Abgeordneten werden auf den 20. d. M. und gleichzeitig auch die Landtags-Abgeordneten des Herzogthums Gotha einberufen werden. Beide Einberufungen erfolgen zunächst, um die Wahl der Mitglieder des gemeinschaftlichen Landtags (Koburg 7, Gotha 14) vorzunehmen.

Meiningen, 7. März. (Leipz. Ztg.) Heute Mittag starb am Nervenfieber der interimistische Vorstand des Herzogl. Staatsministeriums alhier, Wirkl. Geh. Rath Blo Meyer. — Auf den 20. d. M. ist der Landtag des Herzogthums einberufen.

Weimar, 8. März. (Fr. P.-Ztg.) Der Landtag, welcher sonst so bereitwillig die Postulate der Regierung annimmt, hat rüchlichlich des Etats für die Geistlichen den entgegengelegten Weg eingeschlagen. Es waren 4500 Thlr. gefordert, um die ärmsten Pfarrstellen bis auf 400 Thlr. auszubessern; allein trotz der Rede der beiden Minister v. Wagners und v. Winkler wurde abgelehnt. Staatsrath Bergfeld beantragte wenigstens 3000 Thlr.; allein die Majorität war auch gegen diese Bewilligung.

Dresden, 8. März. Der König hat angeordnet, die wider den Dr. phil. Arnold Ruge, früher in Leipzig, jetzt in Brighton, wegen Theilnahme an den hochverrätherischen Unternehmungen des Jahres 1849 eingeleitete Untersuchung niederschlagen.

Odenburg, 5. März. (Nat.-Ztg.) Man sieht in den nächsten Tagen der außerordentlichen Einberufung des Landtags entgegen. Da, wie es heißt, die Vorlagen wesentlich auf die neuen Zollverträge und was damit zusammenhängt, sich beschränken sollen, so werden die Verhandlungen nur von kurzer Dauer sein. — In Betreff der von verschiedenen mittelstaatlichen Regierungen getroffenen Vereinbarung wegen des Pachtwesens ist auch hieher eine Einladung zum Beitritt erfolgt. Der nach demselben beabsichtigte Wegfall des Pachtzwanges besteht übrigens im hiesigen Herzogthum schon seit längerer Zeit.

Altona, 8. März. An die Schleswig-holsteinische Vereine in den Herzogthümern ist folgendes Rundschreiben ergangen:

In Gemäßheit Beschlusses der Delegirtenversammlung vom 26. v. M. sind die neugewählten Mitglieder des Engern Ausschusses, Gustav bester Bodelmann von Müllen, Graf Baubissin von Friedrichshof, Advokat Jessen, M. May, Advokat v. Neergaard, Lehrer Schlichting, am 5. d. M. in Altona behufs Konstituierung zusammengetreten. Die H. Hansen-Grumbly und Lor. Kallsten Jun. hatten durch Zuschrift die Wahl abgelehnt aus politischen Motiven, Hr. Schifförber Gustav Naden in Apenrade, weil sein Geschäft ihn hindert, an den Sitzungen Theil zu nehmen. Nach Uebnahme des Archies und der Kasse wurden provisorisch bis zu geschener Vervollständigung des Ausschusses durch die Kooptation die Unterzeichneten zum Präsidenten bzw. Schriftführer, und Altona zum Sitz des Bureau's erwählt. Kooptirt wurde zunächst Hr. Otto Semper in Altona als Kassaführer und wegen der anderweitigen Kooptation fernere Beschlußfassung vorbehalten. Beschlossen wurde, der geschäftsleitenden Kommission des Sechshundreißiger Ausschusses des deutschen Abgeordnetentages in Frankfurt a. M., sowie dem Vorstande des Schleswig-holsteinischen Vereins zu Erlangen von der geschener Konstituierung des neuen Ausschusses Mittheilung zu machen und gleichzeitig dem Erlanger Verein für seine bisherige Wirksamkeit in unserer Landesache wiederholt Namens der Schleswig-holsteinischen Vereine innigen Dank auszusprechen. Auf geschener Antrag wurde ferner der Beschluß gefaßt, 600 Exemplare der Schrift des Hrn. Pastor Schrader in Kiel „Kurze Bemerkungen etc.“ von dem Verleger zu ermäßigtem Preise anzukaufen und 302 Exemplare dem Präsidium des preussischen Abgeordnetenhauses mit der Bitte einzulenden, dieselben an die Mitglieder des hohen Hauses zu vertheilen zu wollen. Indem der Ausschuss gleichzeitig hierbei jedem Verein ein Exemplar dieser Schrift übermittle, ersucht er die verehrlichen Vorstände um gefällige Rückäußerung, ob und wie viele Exemplare für den betreffenden Verein zum ermäßigten Preise von 2 1/2 Sch. etwa gewünscht werden möchten.

Die Vereinsvorstände werden ersucht, wegen einer der Zeitlage angemessenen Feiertag zur Erinnerung an den 24. März 1848 in ihren Kreisen das Geeignete zu veranlassen, und soll ein hierauf bezügliches Flugblatt durch den Ausschuss herausgegeben und zu gehöriger Zeit den Vereinen übermittle werden. Ein vom Reinbecker Verein eingegangenes Schreiben zeigt die am 27. v. M. erfolgte Auflösung dieses Vereins an. Wegen der von Anfang an rückständigen Beitragselder an die Zentralkasse, welche nach Mittheilung des Revisors der Delegirten des Vereins, Hr. Haas, am 26. Febr. sich verpflichtet hatte, noch im Lauf der nächsten Woche abzuführen, ist inzwischen dem bisherigen Hrn. Kassaführer des Ausschusses die Anzeige zugegangen, daß nach Einziehung der rückständigen Beiträge von den Vereinsmitgliedern in Reinbeck, Lohrbrügge, Schönningstedt und Dhe zwar Abrechnung erfolgen werde, indeß keine Aussicht gemacht werden könne, daß nach Abtrag anderweitiger auf dem Verein lastender Schulden den Ansprüchen der Zentralkasse irgend etwas genügt werden können. — Altona,

Karlsruhe, 5. März. (Wintervorlesung. Schluß.) Bald überzeugte man sich, daß trotz der königlichen Proklamation die Furcht dennoch in jeder Weise vorbereitet worden war. Es kam zu einem wüsten Tumult, in dessen Folge die Möbel und kostbarsten des Säulsaals, den man nicht auffand, aus den Fenstern geworfen und verbrannt wurden, während die mit ihm vermählte königliche Infantin, welche sich nach dem Schlosse zu begeben wünschte, unter lautem Jubel in ihrem Wagen von dem Volke dahin geführt wurde. Am Morgen des 18. März wurde endlich durch ein königliches Dekret bekannt gemacht, daß der König selbst das Kommando über Her und Flotte übernommen, deßhalb Godey seiner Würden enthoben und ihm gestattet habe, sich zurückzuziehen, wozin es ihm beliebt. Unbeschreiblicher Jubel erfüllte nun Kranz; das Volk strömte zum Schlosse, und die Lebewohl wollten kein Ende nehmen: aber es gab Personen, denen das Geschick nicht genügt. Godey hatte sich in der Nacht, als er die tobenden Massen in seinen Palast einbringen hörte, nach einem vergeblichen Fuchtwort auf den Dachraum geflüchtet und hatte hier hinter einer Menge von Schiffsmaten und Stroh in Angst, Hunger und Durst 36 Stunden zugebracht. Endlich nöthigte ihn die Erschöpfung, sein Versteck zu verlassen. Er wurde sofort erkannt; es entstand ein neuer Aufruhr, und die tobenden Massen verlangten den Tod des Verräthers. Die Soldaten hatten die größte Mühe, denselben lebend nach der Gardelaserne zu bringen, wo er 20 Jahre vorher auf der Peitsche gelegen war. Als der Kronprinz herbeieilte, fiel Godey demselben schreitend und jammernd zu Füßen. „Ich schenke Dir das Leben“, sagte Ferdinand kalt. „Seid Ihr schon König?“ fragte der Gefangene nach einer Pause. „Noch nicht“, lautete die Antwort; „aber ich werde es bald sein.“

Gegen König Karl war noch kein Laut vernommen worden, selbst gegen die Königin noch keinerlei Demonstration erfolgt. Mitten im Aufruhr stand das Volk ehrsüchtig vor der Heiligkeit der Majestät,

die Niemand anzutasten wagte als diejenigen, welche ihr als nächste und natürlichste Stützen gegeben waren.

Wenige Stunden nach Godey's Gefangennehmung sah man einen sechspännigen Wagen an der Kaserne vorfahren. Sofort strömten wieder Volkshaufen herbei, zerrümpelten den Wagen und erschlugen in blinder Wuth sogar ein Maulthier. Der König geriet in Entsetzen, und jetzt geschah es, daß ihm einige Hölzlinge, die er für seine ergeblichsten und treuesten Diener hielt, wie aus zärtlicher Beforgnis für ihn, von Abdankung sprachen. Der bestürzte Herr, der während seiner zwanzigjährigen Regierung eigentlich nie König gewesen war, ging hastig auf diesen Gedanken ein, der ihm wie eine Eingebung des Himmels vorkam. Die Königin sträubte sich zwar Anfangs; als man ihr aber Godey's Rettung nur so als möglich schilderte und ihr wohl auch vor dem Volke bange machte, gab sie nach, und noch an demselben Abend wurde ein Dekret unterzeichnet, worin Karl IV. zu Gunsten seines „sehr theuern Sohnes frei und freiwillig“ der Krone entzage.

Mit unglaublicher Schnelligkeit verbreitete sich die Nachricht von dem Geschehen in der Stadt; das frohlockende Volk strömte zum Schlosse, und als Ferdinand auf den Balkon hinaustrat, wollte der Jubel kein Ende nehmen. Ähnliches Frohlocken erfolgte sofort in Madrid und in dem ganzen Königreiche.

In denselben Tagen stieg Murat an der Spitze der französischen Kolonnen von dem Paß des Guadarrama-Gebirges in die Hochebene Neucastiliens hinab, in welcher die Hauptstadt Spaniens liegt. Das arglose Volk, durch die Gewaltthat gegen die spanischen Festungen einen Augenblick ruhig gemacht, überließ sich jetzt in seinem Freudenrausch wieder ganz der alten Schwärmerei für Napoleon. Seine Priester suchten es zu überzeugen, daß die französischen Heere nur gekommen seien, um Ferdinand auf den Thron zu setzen, und daß es die erfolgte Erhebung desselben hauptsächlich Napoleon zu verdanken habe, und so begrüßten sie Diejenigen, welche geschickt waren, um den Thron

seiner Könige unzuführten, als die Wiederhersteller des reinen Glanzes der katholischen Majestät. Napoleon aber faßte, als er vernahm, daß all seine Gewalt und Hinterlist, statt die Bourbonen aus Spanien zu verschleichen, an die Stelle eines tief gesunkenen Regiments die Herrschaft eines Königs gesetzt hatte, zu welchem ein aus tiefem Schlaf erwachendes Volk mit jubelnder Begeisterung hoffnungsvoll emporstauete.

Die Versteigerung der Kunstgegenstände des Musée Pictale's zu Paris trug am Montag allein über 100,000 Fr. ein. Unter anderen wurde eine elfenbeinerne Statue, Hercules mit dem Fuße auf der Hydra, von Giovanni di Bologna, um 16,400 Fr., ein Gumpen, auf dem der Triumphzug des Silen geschnitten ist, um 13,000 Fr. (von Hrn. Thiers) angekauft. Eine Venus mit Amor, von Francois Flamand, kam auf 5900 Fr. etc.

Die einem sizilianischen Blatt entnommene Nachricht von dem Versinken des Dorfes Castania di Nasso in der Provinz Messina stellt sich als völlig unwahr heraus; dagegen hat ein kleiner Bergsturz in dem benachbarten Dorf Castania di Patti einige Häuser und eine Kirche zerstört, doch ohne Verlust, ja ohne alle Beschädigung an Menschenleben.

Im Lauf des vergangenen Jahres hat Amerika für 30 Mill. Doll. an Petroleum nach Europa ausgeführt, eine Thatfache, welche eine Idee davon geben mag, einer wie großen Bedeutung dieser Handelsartikel in der Zukunft noch entgegensteht, wenn erst die Ausbeutung der Quellen in umfassenrem Maße ins Werk gesetzt und sowohl der mechanische als der chemische Werth dieses Oeles genauer festgestellt sein wird. Auch in Mexiko ist, wie der „New-Yorker Times“ geschrieben wird, die Delepidemie aufgetreten. Castillo, einer der ersten Mineralquellen des Landes, hat etwa eine Stunde Weges von der Stadt Mexiko entfernt bei Guadalupe Petroleum entdeckt, und fast gleichzeitig sind Quellen in Otapan und in San Cristobal, Minatitlan, aufgefunden worden.

den 7. März 1865. Der geschäftsführende Ausschuss. P. Jessen, Vorsitzender. M. May, Schriftführer.

Berlin, 9. März. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „Die österreichische Antwort auf die Depesche mit den preussischen Forderungen ist nun hier übergeben worden. In Folge derselben werden die Unterhandlungen zwischen den beiden deutschen Großmächten fortgesetzt werden, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß sie zu dem notwendigen und gezielten Ziel führen werden.“ — Der so eben veröffentlichte Haushalts-Etat der Stadt Berlin für das Jahr 1865 stellt sich in der Einnahme- und Ausgabebilanz auf die Summe von 3 Mill. 29,895 Thlr. Demnach beträgt derselbe 220,985 Thlr. weniger als im Jahr 1864. Unter den Haupteinnahmeposten des diesjährigen Etats ist die Haussteuer mit einem Ertrag von 369,090 Thlr., die Miethsteuer mit 1 Mill. 20,000 Thlr., die Hundsteuer mit 33,480 Thlr., die Schlacht- und Mahlsteuer mit 777,245 Thlr. angesetzt. — Die Königl. Majestäten und die Mitglieder des Königshauses haben gestern dem Staatsminister a. D. Frhrn. v. d. Heydt wegen des Ablebens seiner Gemahlin ihr inniges Beileid bezeugen lassen. — Nach Beendigung seiner handelspolitischen Mission ist der britische Geschäftsträger bei den Hansestädten, Hr. Ward, nunmehr wieder von hier nach Hamburg abgereist. — Der Feldmarschall Graf v. Wrangel empfing vorgestern eine Deputation der Stadt Pommern, welche demselben einen Ehrenbürger-Brief dieser Stadt überreichte.

Wien, 8. März. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: „In dem maß- und rücksichtsvollen Ton, welcher durch die wenigstens äußerlich noch ungetrübten Beziehungen der Kabinette von Oesterreich und Preußen bedingt ist, erklärt die Antwortdepesche gleichwohl den Inhalt der preussischen Forderungen, sofern dieselben ein untrennbares Ganzes zu bilden bestimmt seien, sowohl aus dem Gesichtspunkt der österreichischen als der Bundesinteressen als für Oesterreich durchaus unannehmbar bezeichnen zu müssen; auf die Erörterung über einzelne jener Forderungen aber, welche Oesterreich theilweise als durch das deutsche Interesse geboten, theilweise wenigstens diesem Interesse nicht zuwiderlaufend erkenne, vorbehaltlich übrigens der schließlichen Mitwirkung des Bundes, bereitwillig eingehen zu wollen. Mit großem Nachdruck sind weiter die Rechte betont, welche Oesterreich in nicht geringerem Ausmaß als Preußen aus dem durch den Art. 3 des Friedensvertrags begründeten Condominium abzuleiten habe und welche bei jeder zu vereinbarenden Lösung zur ungeschmälernten Geltung zu kommen hätten. Die Depesche schließt endlich mit dem Ausdruck der zuversichtlichen Erwartung, daß Preußen einerseits der vollen Bereitwilligkeit Oesterreichs, den preussischen Interessen die möglichste Rechnung zu tragen, andererseits aber den Rücksichten seine Anerkennung nicht versagen werde, welche es ihm zur unabweisbaren Pflicht machten, in jedem Fall auf einer Lösung zu bestehen, welche ein wirklich souveränes und selbständiges Bundesglied in den Kreis der souveränen Genossen des Deutschen Bundes einführe.“

Italien.

Turin, 5. März. (A. Z.) Das „Giornale di Roma“ vom 2. d. bringt uns das Jubiläumsschreiben mit dem Generalablaß des Generalvikars Kardinals Patrizi. Dasselbe trägt das Datum des 25. Febr., und ergeht sich, außer in den üblichen Pastoralbetrachtungen, in Erörterungen über die Encyclica, welche die Stimme des sichtbaren Oberhauptes der Kirche, und als solche Gottes Stimme ist. Diejenigen, welche dieselbe nicht hören, haben kein Anrecht auf die ewige Seligkeit. Zu den verderbbringenden Irrthümern unserer Zeit, die von den Lehrern der Sünde gepredigt werden, gehören: die Religions- und Gewissensfreiheit, die Pressfreiheit, die Lehre von den vollendeten Thatsachen (teoria de fatti compiuti), das Verbot des Paterfamilias, die Erziehung durch Väter, das durch das Gesetz gewährte Bestimmungsrecht des Vaters auf seine Kinder, das Gesetz über das Exequatur, und das über die Einziehung der Kirchengüter. Man könnte das Ausschreiben eine Ergänzung der Encyclica nennen, und es wird ihm sicher auch die gleiche Würdigung zu Theil werden.

Gestern war der siebzehnte Jahrestag, seitdem Karl Albert seinem Volk die Verfassung verlieh. Es hatten deshalb an mehreren Orten Festessen statt, bei denen nicht allein der vergangenen Zeiten, sondern auch der gegenwärtigen Noth der Arbeiter gedacht, und zu ihrer Unterstützung gesammelt wurde.

Turin, 8. März. Die „Stampa“ schreibt: „Eine Adresse der Bischöfe der Marken und Umbriens an den König, deren Zweck ist, die Unterdrückung der religiösen Körperschaften abzuwenden, wurde diesen Morgen in der „Armonia“ und der „Unita cattolica“ veröffentlicht. Diese Adresse ist von 6 Erzbischöfen, 20 Bischöfen und 13 Generalvikaren unterzeichnet. Sie bitten den König, wo möglich das große Unglück und dieses schreckliche Verderben für die religiösen Interessen und die heiligsten Doktrinen abzuwenden; aber sie wollen sich nicht davon überzeugen, daß Italien ein konstitutioneller Staat ist.“

Turin, 8. März, Abends. Prinz Arthur von England ist in Neapel angekommen. Der Senat hat den Gesetzentwurf bezüglich der administrativen Umgestaltung angenommen. Die Abgeordnetenkammer hat die Diskussion betreffs Abschaffung der Todesstrafe begonnen. Der Justizminister erklärte sich zu Gunsten der Abschaffung, aber er glaubt, daß der Augenblick noch nicht gekommen ist, das Prinzip anzunehmen. Er sagte, die Frage sei nicht genug geprüft worden, und die öffentliche Sicherheit befände sich nicht in Bedingungen, die dieser Abschaffung günstig wären. Der Minister erinnerte schließlich an den schmerzlichen Eindruck, welchen auf der Halbinsel die Begnadigung der Brüder La Gala hervorgerufen habe. Hr. Chiaves sprach im selben Sinne. Die Abgg. Guerrieri und De Boni kündigten eine Interpellation über den Krieg von Montevideo und über die politischen Gefangenen der Romagna an, welche in den Gefängnissen Roms sich befinden.

Mailand, 7. März. (E. Z.) Der König hat den Grundstein zur Passage Victor Emanuel und zu den Gebäuden des Compias gelegt. Der Prinz Amadäus, der Prinz von Carignan, die Minister, der Präfect, die Municipaljunta, das diplomatische Corps, und zahlreiche Deputirte wohnten dieser Zeremonie bei. Der Bürgermeister von Mailand hielt eine Rede. Der König wurde von begeistertem Jubel begrüßt; er ist diesen Abend nach Florenz zurückgekehrt.

Frankreich.

Paris, 8. März. Das Rundschreiben, welches die Kaiserin Eugenie an alle Souveräninnen Europa's ohne Unterschied der Konfession erlassen hat und worin sie zur gemeinschaftlichen Wiederherstellung der Kirche des heiligen Grabes auffordert, lautet folgendermaßen:

Die Reisen, welche das heilige Land besuchen, sind erlaubt über den Zustand des Verfalls, in welchem die das heil. Grab überwölbende und schützende Kuppel sich befindet; sie fragen, wie es komme, daß die christlichen Mächte sich nicht beeilen, einer Lage der Dinge, welche für die Gläubigen aller Bekenntnisse betrieblend sein muß, ein Ende zu machen. Die Antwort muß leider lauten, daß auf dieser von dem Blut des Erlösers getränkten Erde, welche die Wiege gewesen ist für die Religion der Milde, des Friedens, der Eintracht; unter den verschiedenen Konfessionen noch eine kleinliche Nebenbuhlerschaft besteht, die mit der Zeit zu ersten Mißbilligkeiten herangewachsen ist. Vor Zeiten hatten die Lateiner die Kuppel wieder aufbauen lassen und sie mit Inschriften und Sinnbildern geschmückt, welche die Art von Vorrang, die sie damals in der Benützung des Monuments genossen, in's Gedächtniß zurückriefen. Die Kuppel brannte im Jahr 1808 nieder, und da die Umstände den Griechen einen überwiegenden Einfluß in Palästina verliehen, machten sie sich denselben zu Nutzen, um sie unter Ausschluß der Lateiner wiederherzustellen; und sie waren es nun, die sich daran gaben, das Monument mit Inschriften und bildlichen Darstellungen zu bedecken, welche sie ihrer Sprache und ihrer Liturgie entnahmen. Heute stehen beide — Griechen und Lateiner — daselbst: Die Einen verlangen die Wiederherstellung der Kuppel, wie sie vor 1808 existirte. Die Andern fordern ihren Wiederaufbau in solcher Weise, daß zu ihren eigenen Gunsten eine Art von Besitz, oder, wie sie es nennen, erworben Rechte geheiligt werden sollen. Von den ehrenvollsten Gesinnungen angetrieben, haben zwei große Mächte, Frankreich und Rußland, diesen beklagenswerthen Streitigkeiten ein Ende zu machen gewünscht. Sie haben zuvörderst ein Einvernehmen zwischen sich selbst herzustellen gesucht, dann mit der Türkei; und am 5. Sept. 1864 ist in Konstantinopel ein Protokoll unterzeichnet worden, welches die Einigkeit der drei Regierungen konstatirt und die Bedingungen enthält, die zum Zweck einer gemeinsamen Wirksamkeit beim Wiederaufbau der Kuppel festgesetzt werden. Als man aber zur Ausführung schritt, als die Architekten ihre Pläne entwarfen, und als es galt, einige etwas zweifelhaft gefasste Bestimmungen des Protokolls vom 5. Sept. zu interpretiren, haben sich unter dem Einfluß örtlicher Eifersüchteleien neue Zwistigkeiten erhoben; nichts ist geschehen, und Alles ist wieder in Frage gestellt worden. Mittlerweile geht die Kuppel ihrem Einsturz je länger je näher entgegen; die körperliche Sicherheit der Pilger, welche an dem heil. Grabe zu beten kommen, ist bedroht; das Uebel verschlimmert sich bis zum Standa.

Wie soll diesem Zustand ein Ende gemacht werden? Eine fromme Fürstin war es, die hell. Helena, die Mutter des Kaisers Konstantin, welche im Anfang des 4. Jahrhunderts den über die Grötze des heil. Grabes errichteten heidnischen Tempel niederriß, und an der gleichen Stelle zum ersten Mal das zur Einschließung der Gruft Jesu Christi bestimmte Heiligthum errichten ließ. Warum sollten sich die Fürstinnen aller christlichen Länder, begeistert von jenem ruhmewürdigen Beispiel, nicht vereinigen, um endlich unter Bedingungen, die ihrer selbst und der Christenheit würdig seien, das Werk auszuführen, in welchem die Anstrengungen der Diplomatie bisher ohne Erfolg geblieben sind? Wer würde sein Ohr gegen ihre Stimme verschließen, wenn sie, fremd allem Geiste des Habens und sich außerhalb des Bereichs der Politik stellend, im Namen der christlichen Liebe und Frömmigkeit sprechen, und einen Aufruf an die Gläubigen auf dem ganzen Erdkreise für einen Zweck, der allen gleich theuer sein muß, ergehen lassen wollten? Damit aber das Werk völlig dem Geist christlicher Vergebung, der es inspirirt, entspreche, dürfte man sich ohne Zweifel nicht auf die einfache Wiederherstellung der Kuppel beschränken. Es würde sich gebühren, nach erwirkter Einwilligung der hohen Pforte die Kirche des hl. Grabes vollständig wieder aufzurichten, nach einem neuen Plane, in größeren Verhältnissen, so daß für alle Konfessionen Raum da sei. So würde zum Beispiel einerseits eine Kapelle und selbst ein Schiff den Lateinern gewidmet, und andererseits ein Schiff und eine Kapelle dem Gebrauch der Griechen vorbehalten werden müssen. Das Hauptschiff wäre dann für Jedermann offen, und dem Zutritt der Gläubigen zum hl. Grabe, der heutzutage so wenig erleichtert ist und zu häufigen Streitigkeiten Veranlassung gibt, würden sich keine Hindernisse mehr bieten. Das neue Heiligthum müßte in seiner Erhabenheit so viel wie möglich den erhabenen Erinnerungen gleichkommen, welche sich an diese heiligen Orte knüpfen. Es würde deshalb ein Konkurs eröffnet werden, zu welchem die Architekten und Künstler aller Länder eingeladen würden, und eine internationale Jury hätte unter den eingesandten Plänen denjenigen auszuwählen, der von rein künstlerischem Gesichtspunkt aus der eines so großen Gedankens würdigste anerkannt würde. Was die notwendigen Kosten betrifft, und die neue Kirche des hl. Grabes in Angriff zu nehmen und ohne Verzug zu vollenden, so könnten dieselben durch eine allgemeine Subskription herbeigeholt werden; an deren Spitze gewiß alle christlichen Fürstinnen wetteifern würden, ihre Namen einzuschreiben.

Paris, 9. März. Der „Constitutionnel“ setzt sich in der Unterrichtsfrage gegen die Regierung in Opposition. Nicht nur hat das offiziöse Blatt bis heute die Hrn. Duruy desavouirende Moniteur-Note nicht abgedruckt, sondern es veröffentlicht auch eine Note des Inhalts, „daß der Bericht des Unterrichtsministers durchaus nicht, wie gewisse Blätter behaupten, mit dem von der Regierung angenommenen Gesetzentwurf im Widerspruch stehe, und daß Hr. Duruy das Projekt auf den durch die Moniteur-Note angezeigten Grundlagen vor dem Staatsrath vertreten werde.“ — Zu dem Gesetzentwurf wegen Einberufung von 100,000 Mann der Altersklasse 1865 wurden 2 Amendements eingebracht; das eine will nur 80,000 Mann einberufen haben und das zweite betrifft Erleichterungen für Erlaß und Verkauf. Berryer und Thiers haben diese Amendements der Linken

nicht mit unterzeichnet. — Der Zustand des Hrn. v. Morny hat sich verschlimmert. Das Bulletin von 2 Uhr Nachmittags lautet: „Die Schwäche ist groß, der Zustand bedenklich.“ Die Kaiserin hat der Herzogin einen Besuch abgestattet.

Die Bank hat ihren Diskonto auf 3 1/2 Proz. herabgesetzt, da der Metallvorrath seit 8 Tagen um neuerdings 28 Millionen auf 410 1/2 Millionen stieg. Die Banknoten-Zirkulation aber blieb stationär und die Wechselbestände fielen um 25 Millionen auf 544 1/2 Millionen, — ein Beweis, daß die Lage des Handels und der Industrie nicht gestattet, von dem billigen Preis des unbeschäftigten Kapitals Gebrauch zu machen. Rente 67.65. Cred. mob. 865.

Spanien.

Madrid, 8. März, Abends. Der Direktor des Blattes „Democracia“ ist verhaftet worden. Hr. Fernando Alvarez, der ministerielle Kandidat, wurde mit 150 Stimmen gegen 93 zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt.

Belgien.

Brüssel, 8. März. (Köln. Ztg.) Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Diskussion des Gesetzentwurfs über die Zinsfreiheit beendet und denselben im Gesamtvotum mit allen gegen die Stimmen der Hrn. Dumortier und Van der Dinct genehmigt. Vorher hatte das Haus den auf die Nationalbank bezüglichen Artikel 3 des Gesetzes in der von der Regierung beantragten Fassung mit 71 gegen 15 Stimmen genehmigt, nachdem das Amendement des Zentralauschusses durch 70 gegen 14 Stimmen war beseitigt worden. Damit fällt die Differenz, welche der Bund aus einer Erhöhung ihres Disconto's über den legalen Zinssatz von 6 Prozent erwächst, dem Staatsfiskus anheim. — Der Mecheln'sche Gemeinderath beharrt, einem Protest des Provinzialauschusses gegenüber, auf seinem neulichen Beschluß, fernerhin keine Scheidung auf den Kirchhöfen nach dem Glaubensbekenntniß der Verstorbenen bestehen zu lassen. Der Konflikt muß nunmehr durch die Regierung entschieden werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. März. (Nat.-Ztg.) Das Reichsraths-Landsting erledigte gestern den Verfassungsentwurf und hielt dabei die Regierungsvorlage mit den früheren Amendements aufrecht, so daß die Verfassungsfrage jetzt zum letzten Male an das Volksting zurückgeht, um dort wahrscheinlich abermals im Sinn der Bauernfreunde verändert und endlich einem aus Mitgliedern beider Kammern zu bildenden Vermittlungsausschuß überwiesen zu werden. Von 3060 Kopenhagener Bürgern ist dem Volksting des Reichstags eine Adresse zugefandt worden, in welcher die schnelle Erledigung der Verfassungsfrage im Sinne der dänischen Sonderverfassung verlangt wird. — Das Finanzministerium fordert unter Anrufung des Art. 15 des Wiener Friedensvertrags alle in den Herzogthümern anhängigen Pensionäre auf, vor dem 15. April d. J. ihre Pensionsansprüche an die gemeinschaftlichen Finanzen der ehemaligen dänischen Gesamtmonarchie durch schriftliche Eingabe an das Finanzministerium geltend zu machen.

Kopenhagen, 7. März. Nach der gleichzeitig durch die Departements-Räthe veröffentlichten und dem Reichsrathe vorgelegten Staatsabrechnung für das Finanzjahr 1863 — 1864 haben betragen: 1) Die Einnahmen 29,473,309 Thlr. R.-M., nämlich gemeinschaftliche Einnahme 21,169,391 Thlr., besondere Einnahmen des Königreichs Dänemark 6,078,597 Thlr., des Herzogthums Schleswig 1,315,104 Thlr. und des Herzogthums Holsteins 910,217 Thlr.; 2) die Ausgaben 34,257,510 Thlr., nämlich gemeinschaftliche Ausgaben 26,660,719 Thlr., besondere Ausgaben des Königreichs Dänemark 6,161,887 Thlr., des Herzogthums Schleswig 811,210 Thlr. und des Herzogthums Holsteins 623,694 Thlr., so daß sich also eine Mehrausgabe von 4,784,201 Thlr. herausstellt, deren Deckung durch den Reservefonds der verschiedenen Landesstellen bestritten worden ist. Da der Reservefonds am 31. März 1863 8,925,754 Thlr. umfaßte, wurde derselbe demnach auf die Totalsumme von 4,141,543 Thlr. R.-M. reduziert. — Die über das Verhalten des Dragoalkapitän Raffenberg als Befehlshabers des Transportwesens nach der Räumung der Dannewerke eingeleitete kriegsgerichtliche Untersuchung ist beendet und zu Gunsten des Angeklagten entschieden worden. — Nach dem vorläufigen Ueberschlag über die Einnahmen und Ausgaben für das Finanzjahr 1865 — 66, so weit es die unter dem Reichsrath ressortirenden gemeinsamen Angelegenheiten betrifft, sind die Einnahmen auf 9,819,681 Thlr. 95 S. und die Ausgaben auf 13,979,347 Thlr. 83 S. veranschlagt. Das Defizit wird also aus den Ueberflüssen des sogenannten speziellen Budgets, worüber der Reichsrath zu verfügen hat, gedeckt werden müssen.

Rußland und Polen.

Warschau, 6. März. Man schreibt der „Generalcorresp.“: Gestern wurde der Jahrestag der Thronbesteigung des Kaisers durch einen großen Gratulationsempfang beim Grafen Berg gefeiert. In einem besondern Saale waren auch die eigens zu der Feier geladenen Bäste und Schultheize vieler Dorfgemeinden versammelt. An diese richtete der Statthalter folgende Worte:

Bewahrt stets in eurem Gedächtniß die Wohlthaten, mit denen der allergnädigste Monarch euch und alle seine Völker überhäuft hat. Ich habe euch nun noch einen neuen Gnadenakt bekannt zu geben. Er Majestät, von dem Wunsch geleitet, die meist euren Stand angehörigen Familien der von den Injuranten Ermordeten zu versorgen, haben allergnädigst zu befehlen gerührt, daß denselben Selbsterfüllungen gewährt werden und daß sie überdies von der Rekrutierung verschont bleiben, und zwar in der Weise, daß von jeder solchen Familie drei Personen — in erster Linie Söhne, in zweiter Enkel — von der Stellung befreit werden. Ihr werdet gewiß, die ganze Bedeutung dieser Wohlthat ermessend, der durch die Unterhandlung gebotenen Pflichten eingedenk sein. Betet zu Gott, daß er unsern geliebten Monarchen und Vater Gesundheit und Leben erhalte.

Die Versammlung brach wiederholt in enthusiastische Lebhochrufe aus, worauf der Statthalter die Bauern zu einem ausgiebigen Zumbiß in den Saal des Brühl'schen Ballastes einlud. Am demselben Tage wurde auch der die Begünstigung enthaltende kaiserl. Ukas amtlich kundgemacht.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 8. März. Nächsten Freitag wird die Regierung der Deputirtenkammer das Eisenbahn-Gesetz vorlegen. Am 16. d. wird die diesjährige Session der Kammer geschlossen. Das gesammte Richterkollegium des Kriminal-Appellhofes von Jassy, sowie des Tribunals von Niamts wurde abgesetzt.

Großbritannien.

London, 8. März. Parlamentsverhandlungen vom 7. März.

Unterhausung. Sir Fitzroy Kelly beantragt folgende, von ihm bereits am Tage der Parlamentsöffnung angekündigte Resolution: „Bei jedem zukünftigen Nachschuß indirekter Steuern hat das Haus die Maßsteuer im Hinblick auf ihre baldige Ermäßigung und schließliche Aufhebung in Erwägung zu ziehen.“ Wenn man, bemerkt er, den jährlichen Viertelsumme auf 60 Mill. £ veranschlagt, so würden die Konsumenten bei Wegfall der Maßsteuer nur 40 Mill. £ bezahlen. Das Publikum entrichte in Wirklichkeit 20 Mill. an Maßsteuer, und von dieser Summe würde ein Drittel den Weg in den Staatsschatz. Und auf welche Volksklassen falle die Steuer? Auf die Ärmsten. Wenn die Steuern auf Thee, Zucker, Tabak und Wein — lauter auswärtige Artikel — ermäßigt worden seien, so verdiente doch auch gewiß die Maßsteuer Berücksichtigung zu werden. Ihre Aufhebung oder Ermäßigung würde den Landwirthen und Bauern zu Gut kommen, die Qualität des Bieres verbessern, und Millionen Menschen in Stand setzen, ein gesundes Getränk zu trinken, dessen Genuß ihnen jetzt verweigert ist. Die Aufhebung der Steuer würde seines Erachtens der Unmündigkeit keinen Vorstoß leisten, wohl aber eine wohlthätige soziale Revolution im Arbeiterstand zur Folge haben. Sir Bulwer Lytton unterstützt die Resolution. Reate beantragt als Amendement folgende Resolution: „In Anbetracht der Steuerbefreiungen, deren sich Eigenthümer und Bewirthschafter von Grundstücken gegenwärtig erfreuen, haben sie kein Anrecht auf irgend welche Berücksichtigung wegen des sekundären Drucks der Maßsteuer, und wenn die Steuer aus andern Gründen ermäßigt oder abgeschafft werden sollte, so sind die Staatseinkünfte zuvörderst dadurch zu entschädigen, daß dem Grundbesitz die Vorteile entzogen werden, die er gegenwärtig vor andern Eigenthümern in Gestalt der vollständigen Befreiung von Testaments-Bestimmungsgebühren und der theilweisen Befreiung von der Erbschafts- und Einkommensteuer genießt.“ Harcourt spricht gegen Kelly's Resolution und zeigt an, daß er die Absicht habe, die Vorfrage zu stellen. Milner Gibson sagt, die Annahme der Resolution würde der gegenwärtigen Regierung, sowie jeder andern Regierung den Zwang auferlegen, die Maßsteuer in erster Linie vor jeder andern direkten Steuer zu berücksichtigen und sich, wie auch immer die Lage des Landes sein möge, um alle andern Ansprüche von Steuerpflichtigen gar nicht zu kümmern. Er halte es nicht für rathsam, das Parlament auf solche Weise zu binden. Er beruft sich auf Stuart Mill, um die Befreiung geistiger Getränke zu rechtfertigen. Wenn das Bier steuerfrei wäre, weshalb sollte es dann nicht auch der Branntwein sein? Die Branntweinbrenner würden gleich mit der Frage bei der Hand sein: Wollt Ihr denn gar nichts für uns thun? Die Aufhebung der Maßsteuer würde Irland und Schottland in Bezug auf geistige Getränke zum Vortheil Englands benachtheiligen. Nachdem auch Henley für die Resolution gesprochen hat, wird dieselbe durch Verneinung der Vorfrage mit 251 gegen 171 Stimmen beiseite.

London, 8. März. In hiesigen politischen Kreisen beobachtet man den Gang der Ereignisse in Amerika mit unruhigem Interesse; denn man will sich den Glauben nicht nehmen lassen, daß die Amerikaner, sobald der Brand des Bürgerkrieges gelöscht ist, ihre Waffen gegen England kehren und in Canada einfallen werden. An ihrem guten Willen dazu, ja an ihrem leidenschaftlichen Begehren nach einem solchen Unternehmen wird keinen Augenblick gezweifelt.

Die Frage ist aber — bemerkt die „Times“ —, ob die Amerikaner mit guter Aussicht auf Erfolg einen Krieg gegen uns beginnen können. Wenn sie es können, werden sie es gewiß thun. Die erste Erwägung nun, die nahe liegt, ist, daß, wenn die Selbstständigen an Erbschaftsgeldern, die Unionisten nur etwas weniger erschöpft sind. Eine große Armee ist allerdings in Amerika auf den Beinen. Aber zu allen Zeiten hat der Soldat, nach einer gewissen Periode der Mühsal, nach Ruhe geschmachtet. Es ist fraglich, ob die Leute sich von neuem anwerben lassen werden zu einem neuen Krieg gegen einen neuen und gewiß nicht minder starken Feind, als die Selbstständigen sind. Erst muß ihnen die alte Rechnung abgezahlt werden, und es gibt in der amerikanischen Armee nicht einen einzigen Soldaten, der nicht einen oder mehrere Monate rückständigen Sold zu fordern hätte. Die Staatsmänner der Republik haben Grund gehabt, einen präsumptiven Blick auf ihre bisherige innere und auswärtige Politik zu werfen, und möglicher Weise sind sie doch zu dem Schluß gelangt, daß man einen Staat nicht auf Gewalt und Trug gründen kann. Alles in Allem genommen, neigen wir uns zu dem Glauben, daß die Washingtoner Regierung uns nicht gleich nach dem Schluß des Bürgerkriegs angreifen, und daß sie darin ihre Klugheit zeigen wird. Es wäre jedoch sehr kostspielig und unangenehm, wenn der Streit uns über dem Kopf hängen bliebe, bis es den Amerikanern bequem und gelegen wäre, ihn loszulassen. Unsere Staatsmänner werden zwischen müssen, daß uns eine solche Foller nicht auferlegt wird. Wenn dies wirklich unser Schicksal sein soll, wenn wir leben sollen in täglicher Erwartung der Nachricht, daß die Vereinigten Staaten gegen unsere Provinzen ausmarschirt sind, um irgend einen alten, eigens zu dem Zweck fabricirten Anspruch geltend zu machen, dann wird man uns entschuldigen müssen, wenn wir das Ende des gegenwärtigen amerikanischen Bürgerkriegs weniger sehnlich herbeiwünschen, als wir sonst thun würden.

Lord Bloomfield ist gestern nach Wien abgereist, um dort seine diplomatischen Pflichten als britischer Botschafter wieder aufzunehmen. — Der Vizepräsident des Handelsamtes, Dr. Hunt, wird am 15. d. nach Paris abreisen und sich von dort nach Wien begeben, um den Vorberathungen zur Abschließung eines englisch-österreichischen Handelsvertrages beizuwohnen. — Der Prinz von Wales hat sich auf ge-

sehene Einladung hin bereit erklärt, die auf den 4. April festgesetzte Eröffnung des Central-Kloakensystems der Hauptstadt vorzunehmen.

Amerika.

Rio de Janeiro. Man schreibt dem Pariser „Moniteur“: Nach den letzten Nachrichten aus La Plata befindet sich die brasilianische Armee, in der Stärke von ungefähr 12,000 Mann (mit Inbegriff der Truppen des Generals Flores) vor den Thoren von Montevideo, und Alles deutete darauf hin, daß die Operationen gegen die Stadt sofort beginnen würden. Andererseits scheint es gewiß, daß ein Reiterkorps der Montevideer über Cerro Largo, nahe bei der Stadt Jaguarao, in die Provinz Rio Grande eingefallen ist. Bis jetzt hat man aber noch nichts davon vernommen, daß die Streitkräfte von Paraguay in dieser Richtung oder gegen die Banda Oriental zu sich in Bewegung gesetzt hätten. Es ist bekannt, daß die Truppen von Paraguay kürzlich in die brasilianische Provinz Matto Grosso eingefallen sind. Sie haben sich vorerst des Forts Coimbra bemächtigt, der ersten am oberen Paraguay gelegenen Festung. Nach zweitägigem Widerstand räumte die kleine, kaum aus 120 Mann bestehende Besatzung in der Nacht den Platz und zog sich in aller Eile, ohne die Kanonen zu vernageln oder die Vorräthe zu zerstören, zurück. Die Expedition nahm, ohne auf weitem Widerstand zu stoßen, ihren Fortgang gegen Norden zu, und benutzte sich der Reihe nach der besetzten Posten von Albuquerque, Curumba und Durabos, und rückte dann stromaufwärts mit einer Flottille von 6 Dampfern gegen Cuyaba, Hauptstadt von Matto Grosso, vor. Da sich die Bewohner dieser Provinz keines Angriffs verschahen, so vermuthet man, daß sie erst an diesem Punkt sich zusammenziehen werden, um dem Vorrücken des Feindes Widerstand zu leisten.

Fortwährend gehen brasilianische Truppen nach dem la Plata ab; kürzlich erst 2000 Mann Fußvolk aus dem Norden mit mehreren Hunderten Freiwilliger und der gesammten Polizeimannschaft von Bahia. Durch ein Dekret vom 21. Januar wurde die Mobilmachung von 15,000 Nationalgarben verordnet. Sie werden von den verschiedenen Provinzen nach Maßgabe der Bevölkerungen gestellt. Sie sind „zur Vertheidigung des brasilianischen Landes und zum Krieg gegen Paraguay“ ausgerufen. Der Einfall in Matto Grosso hat in Brasilien eine sehr lebhaft bewegte Bewegung hervorgerufen, und die Bevölkerung unterstützt mit großem Eifer die Rüstungen der Regierung.

Baden.

Karlsruhe, 6. März. (Rekrolog.) Den Freunden und Bekannten des gestern zu Grabe geleiteten Geh. Finanzraths a. D. Joseph Anton Glöckner, welche nicht Gelegenheit hatten, nähere Kenntniß von seinem Lebenslauf zu erhalten, mögen folgende, zu Ehren des Verstorbenen aufgezeichnete Mittheilungen gewidmet sein. Geboren im Jahr 1788 zu Freiburg, wohnete er sich, nach Absolvierung des Gymnasiums, an der dortigen Universität dem Studium der Rechtswissenschaften, wurde 1813 als Rechtspraktikant aufgenommen, machte als Leutnant im 4. Landwehrbataillon die Feldzüge von 1814 und 1815 mit, beschäftigte sich hierauf als Sekretariatpraktikant beim Kreisdirektorium in Freiburg, erhielt 1819 seine erste Anstellung mit Staatsdiener-Eigenschaft im Sekretariat des Kreisdirektoriums zu Durlach und im Jahr 1823 die Ernennung zum wirl. Sekretär beim großh. Finanzministerium.

Von da kam er 1824 als erster Sekretär zur Hofdomänenkammer, in welcher er 1828 zum Domänenrath vorrückte, 1838 nebenbei zum Mitglied der Behörde berufen, 1851 zum Geh. Finanzrath und Mitglied der Ministerialkommission für Aufhebung alter Abgaben und 1854 zum Vorstand dieser Kommission, sowie der Behörde ernannt wurde.

In Folge seines hohen Alters suchte und erlangte er im Jahr 1859 den wohlverdienten Ruhestand. Außer der mit Befregung in den Ruhestand verknüpften Auszeichnung durch allerhöchste Anerkennung seiner vielfältigen, treuen und erspriesslichen Dienste wurde ihm, ebenfalls höchstänsehend, im Jahr 1814 eine öffentliche Belobung wegen im Feld bewiesener Tapferkeit, sodann im Jahr 1839 die Anerkennung der Felddienstausszeichnung, und im Jahr 1856 die Verleihung des Ritterkreuzes vom Sächsischen-Höhen-Orden zu Theil.

Neben der pflichtgetreuen Lösung seiner mannigfaltigen dienstlichen Aufgaben stand der thätige und menschenfreundliche Mann mit seinen vielseitigen Kenntnissen auch verschiedenen gemeinnützigen und wohlthätigen Anstalten, sowie den Wittwen und Waisen einzelner Familien durch Rath und That in aufopfernder Weise bei.

Sein im Anfang durch den Verlust der ersten Gattin und zweier Kinder getrübtetes Familienleben gestaltete sich in der zweiten Ehe zu einem höchst beglückten, und es beneiden ihn nun, außer den übrigen Verwandten, seine Wittve — die sorgsame und treue Pflegerin seines Alters und seiner Krankheit — sowie ein Sohn, eine verheirathete Tochter und eine Enkelin.

Sein Hinscheiden am 3. d. M. erfolgte sanft und ruhig, wie er gelebt hatte, den Seinen unerwartet, da sie seine Wiedererholung aus dem, durch längeres Schicksal herbeigeführten Schwachzustand hoffen durften.

Alle, die den Verstorbenen aus dienstlichen oder gesellschaftlichen Verhältnissen kennen lernten, stimmen sicherlich dem durch eine zahlreiche und hochansehnliche Leichenbegleitung ausgesprochenen Zeugniß bei, daß in dem Hingegangenen ein wohlwollender und strengerechtlicher Ehrenmann zur letzten Ruhestätte gebracht wurde. Darum Ehre seinem Andenken und Friede seiner Asche!

Karlsruhe, 9. März. Bei unserm letzten Besuch der großh. Kunsthalle haben wir eine erhebliche Veränderung gefunden, indem im langen Gang rechts des zweiten Stockwerks die Sammlung der Alterthümer, die bisher im oberen Stock des Schloßes im Erdprünzengarten aufbewahrt war, aufgestellt ist. In Glasfächern, sowie in Schränken sind die verschiedenen Gegenstände entweder nach ihren Fundorten geordnet oder als einzelne kleinere Sammlungen angeordnet und dem Publikum bequem zugänglich gemacht. So finden wir die Pfahlbau-Funde vereinigt, die Einscheimer-Sammlung, die verschiedenen Münzsammlungen u. s. w. Nur die Steinbenkmale fehlen hier, aber auf unsere Nachfrage wurden wir in den nahen Kuppelbau der großh. Orangerie gewiesen, wo wir, in den schönen Notunden gefällig und dabei eben so forrekt als praktisch aufgestellt, die steinernen Beugen der Vorzeit fanden.

Heidelberg, 8. März. (Mannh. Z.) Die unlängst wegen eventueller Eröffnung eines Handelsgerichtes für die hiesige Stadt abgehaltene Versammlung von Kaufleuten und in's Firtensbuch eingetragenen Gewerbetreibenden hatte keinen Erfolg gehabt. Theils fehlte es an der nöthigen Anzahl der Anwesenden, um einen endgiltigen Beschluß zu fassen; theils wurde selbst von einem Theil dieser Letztern die Ansicht ausgesprochen, daß die hiesige Stadt als Handelsplatz nicht die Bedeutung habe, um sich zu einem Orte für ein besonderes Handelsgericht zu qualifiziren.

Vermischte Nachrichten.

— **Frankfurt, 9. März.** Die heutige Nummer der „Wochenschrift des Nationalvereins“ bringt folgende Nachricht: „Mit Ende dieses Quartals wird die „Wochenschrift des Nationalvereins“ zu erscheinen aufhören. Statt ihrer wird der Vereinsauschuss vom nächsten Quartal an ein neues Blatt unter dem Titel „Wochenblatt des Nationalvereins“, und zwar in Frankfurt a. M. erscheinen lassen. Das Nähere über Verlag und Abonnementbedingungen wird in der nächsten Nummer der Wochenschrift veröffentlicht werden.“

— **Aus Westfalen, 3. März.** Der Ausschuss der Vereinigung von katholischen und evangelischen Konservativen ladet, wie die „Rh. Ztg.“ schreibt, zu einer Generalversammlung auf den 4. April nach Münster ein. In dem Einladungs schreiben heißt es: „Es sind dazu eingeladen die Standesherrn, der besitzende Adel von ganz Westfalen, und die Unterzeichner des ersten Programms. Nachstehende beide Sätze vom Prof. Leo aus Halle, die von uns einstimmig als ganz ausgezeichnet zu unserm beabsichtigten Zweck anerkannt sind, sollen in der Versammlung noch näher beraten werden: „Im Gegensatz zu der sittlichen Zerfahrenheit unserer Zeit, schließen wir uns in einem sittlichen Verein an einander, dessen Glieder, bei gegenseitiger Anerkennung der verschiedenen Konfessionen und äußern Lebensstellungen, sich verbinden, christlich-deutsche Art, Sitte und Gesinnung, auf Grundlage des allen christlichen Bekenntnissen gemeinsamen apostolischen Bekenntnisses, zu halten, zu pflegen und zu vertheidigen und uns gegenseitig dabei zu unterstützen. Insonderheit aber verlangen wir von jedem unserm Verein Angehörigen Anerkennung, Achtung und herzlichen ehrlichen Beistand für alle legitime Obrigkeit, als für eine unschätzbare Wohlthat, die uns von Gottes Gnaden zugekommen, bis heute erhalten und, wie wir zu Gott hoffen, für alle Zeiten behalten ist.“ Um eine strikte Antwort bittet der zuerst Unterzeichnete ergebenst. Dwinghausen bei Berl. 9. Febr. 1865. Frhr. v. Plattenberg-Dwinghausen. Graf v. Schmising-Kerfingbrod. Frhr. v. Böselager Hesseu. Konrad v. Sydow-Wischlinghen.“

— **Leipzig, 6. März.** (Sch. M.) Ehe die preussischen Herren Kronjuristen mit der Lösung ihrer Penelope-Aufgabe zu Stande kommen, ist Warten mit einem neuen Urkundenwerk über die Erbfolge in den Erbherzogthümern fertig geworden. Dasselbe erscheint in der Stärke von 30 Bogen unter dem Titel: „Urkundliche Beiträge zur Beurtheilung der schleswig-holsteinischen Frage.“ Herausgegeben vom Geh. Regierungsrath v. Warnstedt. Hannover, bei Schmorl u. Komp.“

— **Auf dem Rückzug vom Dannewirke** büßte das Musikkorps des 18. dänischen Infanterieregiments seine Blasinstrumente ein, welche sämmtlich den Oesterreichern in die Hände fielen. Diese verkauften dieselben später an hamburgische Tröbeler, worauf der Speibeur P. A. v. Essen in Gemeinschaft mit einigen andern in Hamburg und Altona ansässigen Dänen die Instrumente käuflich erwarb und dieselben dem 18. Regiment als Geschenk zurücksandte.

Nachricht.

Paris, 9. März. (Sch. M.) Im Senat begann gestern die Adressberatung. Marquis v. Boissy tabelte verschiedene Handlungen der Regierung, sagte, er hoffe auf die Nichtausführung des September-Vertrages; er möchte lieber, daß der Norden und Süden der amerikanischen Union sich vollständig trennen, als eine französische Armee in Mexiko gefangen sehen, wenn der Friede wieder hergestellt sei. (Widerspruch.) Chair d'Estange bedauert die frevelhaften Worte des Vorredners und hofft auf die Einsicht der Amerikaner, welche nicht darauf ausgehen werden, eine neue Provinz zu erobern, da sie jetzt schon zu viel besäßen. Marshall Magnan erhebt sich gegen die Aeußerung Boissy's: „wenn der Kaiser stirbe, so würde Frankreich in Schlamme versinken“, und fügt hinzu: Im Fall einer solchen Eventualität würde der Senat, der Gesetzgeb. Körper, die Armee des Landes den kaiserl. Prinzen ausrufen, und Frankreich wäre gerettet. Die Verathung wird morgen fortgesetzt.

Kopenhagen, 9. März. (W. L. B.) Im Folkething des Reichsraths wurde heute in der Grundgesetz-Frage der Vermittlungsvorschlag Rimefjeld's mit allen gegen 12 bauernfreundliche Stimmen angenommen. Der mobilisirte Grundgesetz-Vorschlag wurde einem gemeinschaftlichen Ausschuss überwiesen.

London, 9. März. Abends. (W. L. B.) Auf eine Interpellation Hrn. Maguire's erwidert Lord Palmerston: Der brasilianische Oberbefehlshaber hat dem britischen Gesandten möglichste Schonung des ausländischen Privateigenthums in Montevideo versprochen. In den Krieg werde sich England nicht einmischen; die Kriegführung sei leider unmenschlich. — Auf eine Anfrage des Lord Robert Cecil erwidert der Unterstaatssekretär Layard: Die amerikanische Regierung habe von England keinerlei Entschädigung für die Kapereien südsaatlicher Kriegsschiffe verlangt.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

9. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 6.85	+ 2.2	S.W.	stark bew.	Sonnenbl., kühl
Mittags 2 „	7.20	+ 4.5	„	„	trüb, Regentropfen.
Nachts 9 „	8.02	+ 3.0	„	schw.	„ heiter, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 12. März. 2. Quartal. 38. Abonnementsvorstellung. **Der Antheil des Teufels;** komische Oper in 3 Akten, von Auber.

